

Beschlußempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/6242 —**

Modernisierungsstopp für Waffensysteme, insbesondere sofortiger Stopp des Jagdflugzeuges 90

A. Problem

Nach Auffassung der Fraktion DIE GRÜNEN haben die politischen Entwicklungen in Osteuropa und in der DDR einen radikalen Wandel der sicherheitspolitischen Lage in Europa zur Folge. Weil die maßgeblichen Abrüstungsimpulse und einseitigen Reduzierungen bisher von den Mitgliedsländern des Warschauer Paktes ausgehen, hält es die antragstellende Fraktion nun für dringend erforderlich, daß auch die Bundesrepublik Deutschland ihren Beitrag zu einer substantiellen Abrüstung leistet.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages.

Mehrheit im Ausschuß mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Prüfung, inwieweit durch andere Waffensysteme oder die Kombination von Waffensystemen die Sicherung einer glaubwürdigen Verteidigung weiterhin gewährleistet werden kann (Ausschuß-drucksache 11/0073).

D. Kosten

Durch die Ablehnung des Antrages ergeben sich keine zusätzlichen Kosten.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag in Drucksache 11/6242 abzulehnen.

Bonn, den 14. März 1990

Der Verteidigungsausschuß

Ronneburger	Erler	Hauser (Esslingen)
Vorsitzender	Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Erler und Hauser (Esslingen)

Der Antrag in Drucksache 11/6242 wurde in der 188. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Januar 1990 dem Verteidigungsausschuß federführend überwiesen.

Der Verteidigungsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 14. März 1990 behandelt.

I. Ziele und Inhalt des Antrages

Nach dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Entwicklung neuer Waffensysteme sowie die Forschung im Bereich der Waffentechnologie sofort zu stoppen und insbesondere die Entwicklung des Jagdflugzeuges 90 sofort aufzugeben. Die politischen Entwicklungen in Osteuropa und in der DDR hätten einen radikalen Wandel der sicherheitspolitischen Lage in Europa zur Folge. Es sei dringend erforderlich, daß nun auch die Bundesrepublik Deutschland ihren Beitrag zu einer substantiellen Abrüstung in Europa leiste. Abrüstungsmaßnahmen dürften nicht durch Modernisierungsschritte unterlaufen werden. Durch neue Waffensysteme würden die dringend erforderlichen Kosteneinsparungen im Verteidigungshaushalt zunichte gemacht.

II. Verlauf der Ausschlußberatung

Die Fraktion der CDU/CSU und die Fraktion der FDP legten einen Antrag vor (Ausschußdrucksache 0073), mit dem der Bundesminister der Verteidigung aufgefordert wird, über den Entwicklungsstand des Jagdflugzeuges 90 zu berichten. Dabei seien — so wird in dem Antrag ausgeführt — der nutzbare Wert der Erkenntnisse und der technischen Möglichkeiten darzustellen, die sich bei einer Fortführung der Entwicklung ergäben. Die Voraussetzungen und Folgen eines Abbruchs der Entwicklung JF 90 seien zu untersuchen. Die Kosten eines Abbruchs der Entwicklung seien darzulegen.

Der Bundesrechnungshof wird gleichzeitig aufgefordert, seine Einschätzung der Kosten und Folgekosten, die bei einem Abbruch der Entwicklung entstünden, aufzuzeigen.

Weiter wird in dem Antrag der Bundesminister der Verteidigung aufgefordert, folgende Fragen zu beantworten:

- a) Können die Kosten für das Projekt JF 90 durch die Reduzierung der taktischen Forderungen gegenüber dem Stand 4. Mai 1988 verringert werden?
Gibt es Doppelentwicklungen?
- b) Welche Möglichkeiten bestehen, um die Kosten einer möglichen Beschaffung und Nutzung des JF 90 durch die Ausweitung des Kreises der Ko-

operationspartner für die einzelnen Beteiligten deutlich zu senken?

- c) Gibt es zwischenzeitlich neue den Anforderungen an ein modernes Luftverteidigungssystem gerecht werdende Kauflösungen, die wesentlich kostengünstiger sind als die Eigenentwicklung in Zusammenarbeit mit europäischen Partnern?
- d) Gibt es Alternativen, die auch unter Verwendung von Entwicklungsergebnissen des JF 90-Programms den Bedarf zu vertretbaren Kosten decken könnten?
- e) Ist gegenüber der jetzigen Planung eine andere Kombination von Waffensystemen zur Sicherung einer glaubwürdigen Luftverteidigung realisierbar, deren Personal und Kostenaufwand inklusive der Folgekosten niedriger ist?

Die Berichte sollen bis zur parlamentarischen Sommerpause vorgelegt werden.

Von seiten des Bundesministeriums der Verteidigung wurde dargelegt, gerade die jüngste sicherheitspolitische Entwicklung in Europa spreche dafür, in der Gesamtstruktur der Streitkräfte den defensiven Elementen eine noch größere Bedeutung zuzumessen. Ein wesentliches defensives Element sei die Fähigkeit zur Luftverteidigung. In diesem Zusammenhang sei von Interesse, daß bei den VKSE-Verhandlungen in Wien ein Kernproblem die Flugzeugdefinition sei. Die Sowjetunion versuche mit allem Nachdruck zu höheren Obergrenzen zu gelangen, als sie das westliche Bündnis vorgeschlagen habe.

Ausgangspunkt der Debatte sei, daß das heutige Jagdflugzeug der Bundeswehr, die F 4 Phantom, in den 50er Jahren konstruiert worden sei und sich der Endphase einer sinnvollen militärischen Nutzung nähere.

Auch andere Länder seien nicht der Auffassung, daß sie auf ein Jagdflugzeug verzichten sollten. Die Sowjetunion habe die Mig 29 entwickelt und stationiere sie nun. Großbritannien, Italien und Spanien seien an der Entwicklung des JF 90 beteiligt. Schweden habe ein eigenes Flugzeug entwickelt. Frankreich entwickle ein Jagdflugzeug, und auch in Amerika stehe ein Jagdflugzeug auf der Liste der vorrangigen Projekte. Kleinere Länder, wie die Schweiz und die Niederlande, gelangten zu Kauflösungen.

Etwa 85 % der Entwicklungsgesamtkosten von 6,4 Milliarden DM seien vertraglich gebunden.

Erste vorläufige Berechnungen hätten ergeben, daß bei einem Ausstieg aus dem Entwicklungsprogramm zum JF 90 für den Bundeshaushalt Kosten in einer Größenordnung von bis zu 5 Milliarden DM anfallen würden, die sich noch erhöhen könnten. Nach der Einschätzung des Bundesministeriums der Verteidigung müsse die Entwicklungsphase u. a. aus diesem

Grunde fortgesetzt werden. Es sei eine Reihe von Untersuchungen mit dem Ziel der Kostenbegrenzung und auch mit der Möglichkeit der Kostensenkung vorzunehmen. Hierbei sollten auch Varianten oder Alternativen untersucht werden.

Die Fraktion der CDU/CSU brachte zum Ausdruck, daß mit der Vorlage des Antrags der Koalitionsfraktionen nicht daran gedacht sei, die Entwicklungsphase des JF 90-Programms zu beenden. Gegenwärtig habe man noch nicht genügend Faktoren und Entscheidungsparameter, um sagen zu können, wie verfahren werden solle. Insofern sei es gerechtfertigt, insbesondere auch den Bundesrechnungshof aufzufordern, klare Einschätzungen der Kosten und Folgekosten vorzulegen. Ob das JF 90 zu Ende entwickelt werden solle oder nicht, sei allerdings letztlich eine politische Entscheidung und nicht ausschließlich eine Frage der Kosten. Im übrigen sei über die Beschaffung des JF 90 nicht entschieden.

Von seiten der Fraktion der FDP wurde vorgetragen, die in dem Antrag der Koalitionsfraktionen gestellten Fragen sollten die Antwort auf das Problem erleichtern, ob ein Ausstieg aus der Entwicklungsphase des JF 90 sinnvoll sei oder nicht. In der Fraktion der FDP sei von Anfang an unbestritten gewesen, daß im Einstieg in die Entwicklungsphase keinerlei Präjudiz für einen Einstieg in die Produktion zu sehen sei. Bereits heute habe man im Ost-West-Verhältnis Erkenntnisse vorliegen, die es außerordentlich unwahrscheinlich machten, daß der Einstieg in die Produktionsphase sich noch vollziehen werde. Es wäre aber nicht sinnvoll, ohne weitere Prüfung und ohne größere Einsparungen aus der Entwicklungsphase auszusteigen und dabei auf das verzichten, was man an Entwicklungserkenntnissen für die eigene Industrie bereits gewonnen habe bzw. noch gewinnen werde. Es sei nicht richtig, wenn behauptet werde, ein sofortiger Ausstieg würde unmittelbar hohe Mittel freimachen, die in andere Projekte investiert werden könnten.

Die Fraktion der SPD erklärte, die Koalitionsfraktionen wollten mit dem Antrag Zeit gewinnen. Er enthalte Pseudoaktivitäten. Zwischen den Koalitionsfraktionen beständen kaum noch zu vereinbarende Positionen. Die wichtige Entscheidung der Industrie, sich auf eine Alternative ohne JF 90 einzustellen, werde verschoben.

Gegen die Art und Weise, wie hier Verträge zwischen Nationen und Verträge mit der Industrie geschlossen worden seien, würden schwere Bedenken geäußert.

Die Fraktion DIE GRÜNEN sah in dem Antrag der Koalitionsfraktionen den politischen Willen, die Entwicklung des JF 90 vorzunehmen, das Flugzeug aber nicht zu beschaffen. Die Fragen, die vorgelegt worden seien, hätten die Funktion, den Ausstieg politisch gegenüber der Öffentlichkeit vorzubereiten. Der Fraktion DIE GRÜNEN sei es gelungen, das JF 90 zu einem Symbol verfehlter, herkömmlicher Rüstungspolitik zu machen. Das JF 90 politisch zu verkaufen falle immer schwerer. Die Bundesregierung solle den Ausstieg möglichst sofort vornehmen, denn je länger man zögere, desto größer seien die Illusionen bei der Luftwaffe und mehr noch bei der Industrie, sich heute schon auf die Produktionsphase einstellen zu können.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen in der Ausschußdrucksache 0073 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.

Den Antrag in der Drucksache 11/6242 hat der Verteidigungsausschuß mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Zustimmung der Fraktion DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt.

Bonn, den 23. Mai 1990

Erler Hauser (Esslingen)

Berichterstatler